

Lodzer Juden und Deutsche im Jahr 1933. Die Rezeption der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland und ihre Wirkung auf das Verhältnis von jüdischer und deutscher Minderheit

Über allgemeine Minderheitenprobleme in der Zweiten Republik (1918-1939) oder über das Verhältnis zwischen einer Minderheit und der polnischen Mehrheitsbevölkerung gibt es eine Fülle an Literatur, jedoch nur sehr wenig über die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Minderheiten selbst, respektive über die Beziehungen von jüdischer zu deutscher Minderheit und vice versa. Im ersten Jahrzehnt nach dem Ende des 1. Weltkrieges lassen sich ihre politischen Beziehungen am Umgang der Parlamentarier beider Gruppierungen auf der Ebene des Sejms ablesen. Die Minderheitenvertreter gingen in dieser Zeit taktische Wahlbündnisse miteinander ein, um gemeinsam Beschränkungen der Minderheitenrechte abzuwehren.¹

Da in der Stadt Lodz sowie in der Lodzer Wojewodschaft neben der zahlreichen jüdischen Bevölkerung auch eine signifikante Zahl von Deutschen lebte, ist eine Untersuchung ihrer Beziehungen, die nicht nur vom innerstädtischen Leben bestimmt, sondern von vielen Außenfaktoren entscheidend beeinflußt wurden, ein wesentlicher Beitrag zur Erforschung des multikulturellen Lebens in der Stadt.

Im Rahmen dieses Beitrages soll ein bestimmter Aspekt herausgegriffen werden: die zerstörerische Dynamik, die durch die Ereignisse des Jahres 1933 in Deutschland ausgelöst wurde, und auf welche die beiden Bevölkerungsgruppen in unterschiedlicher Weise reagierten. Quellen für diese Darstellung sind die monatlichen Berichte der Sicherheitsabteilung des Lodzer Wojewodschaftsamtes aus dem Jahre 1933 und ein Teil der Lodzer deutschen Presse. Die Dossiers des Wojewodschaftsamtes mögen zuweilen Überspitzungen oder Überzeichnungen enthalten, die im Detail an anderen Quellen zu verifizieren sind, bieten aber einen relativ verlässlichen Überblick über alle öffentlichen Äußerungen sämtlicher politischer Organisationen und nationaler Gruppierungen.

Die Nachrichten über die politische Entwicklung in Deutschland riefen Anfang des Jahres 1933 in Polen sowohl auf Regierungsebene als auch in der Bevölkerung eine Flut antideutscher Protestaktionen hervor. Diese erreichten mit

¹ E. MELZER, The Jewish and the German Minorities in Poland - Mutual Political Relations and Interactions, 1919-1939, in: Gal Ed. On the History of Jews in Poland 10 (1993) S. 63-78.

Hitlers antipolnischen Ausfällen vom 12. Februar 1933 einen ersten Höhepunkt und steigerten sich im März 1933, als Hitler offensiv die deutschen Revisionsfordernungen vertrat, was zur Krise um Danzig und den damit verbundenen Präventivkriegsüberlegungen führte.²

Die nationalsozialistische Machtübernahme und die damit verbundenen antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland – insbesondere aber die Verfolgung von Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft – versetzten die jüdische Bevölkerung in Stadt und Wojewodschaft Lodz in höchste Alarmbereitschaft und führten bis in die kleinsten Provinzorte hinein in allen jüdischen politischen und religiösen Gruppierungen zu vielfältigen Protestaktionen, die während des gesamten Jahres 1933 unvermindert anhielten.³ Dies bewirkte eine starke Politisierung und zumindest eine zeitweilige Relativierung der innerjüdischen Gegensätze: Aguda und Zionisten bildeten überall gemeinsame Protestkomitees, die in ihren Resolutionen an die polnische Regierung appellierte, den verfolgten polnischen Juden in Deutschland Schutz zukommen zu lassen.⁴

Zu einem zentralen Protestmittel im ganzen Lande wurde der ökonomische Boykott Nazi-Deutschlands, der Ende März 1933 zuerst in Wilna, wenige Tage darauf in Warschau ausgerufen wurde und dessen Propagierung und Koordination die Zentrale des Verbandes der [jüdischen] Kaufleute in Polen in Warschau übernahm.⁵ Die von jüdischen Wirtschaftskreisen initiierten anti-

² J. HOENSCH, Geschichte Polens, Stuttgart 1990, S. 271; M. BROSZAT, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, München 1966, S. 236: „Das geräuschvolle, terroristische Auftreten der SA in Ostpreußen, Schlesien und Danzig und der losgelassene Taumel nationaler Gefühle und Ressentiments während der Februarwochen des Jahres 1933, der sich entlang der Ostgrenze auch in antipolnischen Demonstrationen Luft machte, verbreitete auch den Polen gegenüber den Eindruck einer revolutionären Radikalisierung der deutschen Revisionspolitik unter nationalsozialistischer Regie. In Polen entstand der Alptraum: Hitler bedeutet die gewaltsame Revision.“

³ Archiwum Państwowe w Łodzi [weiterhin zit.: APL], Urząd Wojewódzki w Łodzi [weiterhin zit.: UWŁ], Wydział Bezpieczeństwa [weiterhin zit.: WB] 2507, Sprawy żydowskie, März 1933. Dort heißt es: „Die letzten Ereignisse in Deutschland, in erster Linie die Verfolgung der Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit durch die Hitleranhänger, riefen unter der jüdischen Bevölkerung in der Wojewodschaft Lodz starke und lebhafte Empörung hervor. Es gab keine Ortschaft, in der Juden leben, wo nicht massenhafte Demonstrationen stattfanden, die gegen die antijüdischen Exzesse in Deutschland protestierten.“ Große Demonstrationen fanden in Łódź, Brzeziny, Kalisch, Stawiszynów, Sompol, Konin, Zagórow, Skupcy, Łask, Pabianice, Zgierz, Konstantynów, Zduńska Wola, Turek, Wieluń und Wieruszów statt.

⁴ Ebd.

⁵ I. SCHIPER, Dzieje handlu żydowskiego na ziemiach polskich, Warszawa 1937 (Nachdruck Warszawa 1990), S. 736. Die Centrala Związku Kupców w Polsce (C.Z.K.) übernahm die Leitung der Aktion und propagierte den Wirtschaftsboykott mit Hilfe von Rundschreiben an ihre Niederlassungen sowie durch Bereitstellung von Flugschriften, Plakaten, Umfragen etc. Außerdem wurde ein Informationsapparat geschaffen und eine Adressenkartei mit Ersatzfirmen erstellt. Devise war die Beschränkung des Imports aus Deutschland nach Polen.

nazistischen Kampagnen der folgenden Monate wurden von der polnischen Regierung und öffentlichen Meinung höchst positiv aufgenommen, viele polnische Firmen folgten dem Boykottaufruf der Juden.⁶ Auch in Lodz wurde im März 1933 von den Wirtschaftsverbänden der Boykott von Waren aus Deutschland beschlossen und an die Kaufleute appelliert, bereits getätigte Bestellungen zu stornieren. Zu betonen ist, daß sich die antinazistischen Boykottaktionen der Juden nicht gegen die Lodzer deutsche Bevölkerung richteten, was auch der Linie des jüdischen Abgeordnetenblockes entsprach. Dr. Hartglas⁷ unterstrich, daß eine aggressive Haltung gegenüber den Deutschen in Polen nur den gemeinsamen Kampf der nationalen Minderheiten stören würde. Auf den zahlreichen Demonstrationen, auch in anderen Städten der Wojewodschaft, wurde immer wieder an die Versammelten appelliert, den Boykott einzuhalten. Auch der Bund, die Organisation der jüdischen Sozialisten, rief zum ökonomischen Boykott Deutschlands und zur Unterstützung der Verfolgten auf. Zum Zeichen des Protests blieben am Abend des 27. März 95 % aller jüdischen Geschäfte in Lodz geschlossen.⁸

Der Blick in eine Reihe von deutschen Lodzer Pressetiteln zeigt, daß das Jahr 1933 eine gravierende Zäsur in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der jüdischen und der deutschen Bevölkerungsgruppe innerhalb der Stadt bedeutete.

In den ersten Nummern des Jahres 1933 wurde im *Volksfreund*,⁹ der in Lodz herausgegebenen Verbandszeitschrift des Deutschen Volksverbandes (DVV), zwar wenig Konkretes über die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland berichtet, aber die Leserschaft wurde immer eindeutiger auf die NS-Ideologie eingestimmt. *Über dem Leben eines jeden von uns muß das Leben unseres Volkes stehen. Und jeder wirkliche Deutsche, Herzdeutsche, bekennt ehrlich und aufrichtig: ob ich lebe oder sterbe, ist gleich, wenn nur mein Volk, mein deutsches Volk lebt!* heißt es im Januar 1933 in diesem wöchentlich erscheinenden Blatt, das neben politischer Berichterstattung viel Erbauliches und zu jedem Sonntag ein geistliches Wort von Lodzer Pastoren

⁶ A. WISLICKI, The Jewish Boykott Campaign against Nazi Germany and its Culmination in the Halbersztadt Trial, in: Polin 8 (1994), S. 282-289. Die Haltung der polnischen Regierung änderte sich mit der Unterzeichnung der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung vom Januar 1934, während jüdische Wirtschaftskreise versuchten, den Boykott weiterzuführen.

⁷ Apolinary Hartglas, geb. 1883 in Warschau, Rechtsanwalt, Zionist, Sejmabgeordneter ab 1919; war an der Boykottkampagne maßgeblich beteiligt; vgl. DERS., „Bojot“, in: Nasza obrona 2 (1934), S. 1.

⁸ APŁ, UWŁ, WB 2507, Sprawy żydowskie, März 1933.

⁹ Der *Volksfreund*. Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land, Jg. 1-21, erschien von 1919 bis 1939 sonntags in Lodz in der Verlagsgesellschaft „Libertas“ GmbH; verantwortlicher Schriftleiter war Gustav Ewald.

enthaltet.¹⁰ Am 19. März 1933 begrüßte der Leitartikel in apologetischer Weise, ohne jegliche kritische Kommentierung, die Reichstagswahl vom 5. März in Deutschland als *Ergebnis einer nationalen Revolution*, die das in sich zerrissene Volk auf nationaler Grundlage gesammelt habe.¹¹ Anfang April erschien unter dem Titel *Die Juden Polens gegen Deutschland* ein Bericht über den scharfen Protest der drei größten jüdischen Wirtschaftsorganisationen Polens, die nicht einmal *vor dem äußersten Mittel des Warenboykotts* zurückgeschreckt seien.¹² In der nächsten Ausgabe wurde die erste Stellungnahme zur Judenverfolgung publiziert, die unter dem Titel *Zur jüdischen Greuelpropaganda gegen Deutschland* die Weichen für die künftige Behandlung dieser Fragen stellte. Dort heißt es, innerhalb weniger Tage sei es dank einem *heimtückisch angelegten Greuelpropagandafeldzug* gelungen, Siege über die öffentliche Meinung in vielen Ländern zu erringen. Es sei jedoch widersinnig, *dem deutschen Volk einen plötzlichen Rückfall in den Urzustand zuzutrauen*. Der Nationalsozialismus müsse sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen, namentlich mit der Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse, die *Hauptträger der Greuellüge* ist. Damit wurden die Gleichschaltung der Presse und die Ausschaltung der Sozialdemokraten in Deutschland als Notwehr gegen eine unbegründete Greuelpropaganda dargestellt; mit der Tatsache der Judenverfolgung brauchte man sich dann nicht mehr zu befassen. Auch alle gegen die evangelischen Kirchen gerichteten Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates wurden in den folgenden Nummern ohne die geringste Kritik gutgeheißen.¹³ Im Oktober 1933 schilderte Senator Utta¹⁴ aus Lodz der Volksfreund-Leserschaft die Eindrücke seiner Reise ins neue Deutschland: *Das, was man heute in Deutschland sieht und erlebt, ist kein Menschenwerk, sondern das Werk eines höheren Geistes, göttliches Erbarmen über ein zerrissenes, ausgebeutetes und vor dem Abgrund stehendes Volk.*¹⁵

¹⁰ Der Volksfreund Nr. 2 / 8.1.1933, S. 7, Artikel von Oskar Kneifel.

¹¹ Der Volksfreund Nr. 12/19.3.1933, S. 1-2. C. von Kügelgens Artikel *Die nationale Revolution in Deutschland* wurde aus der Freien Presse, einer dem DVV nahestehenden Lodzer Tageszeitung, übernommen. Wie man sich die Lösung der Probleme in Deutschland vorstellte, zeigt folgende Aussage: „*Die Sozialdemokraten sind einzuordnen, die Kommunisten sind auszuschalten. Fähig dazu ist nur eine Bewegung, die auch von der Arbeiterschaft getragen wird*“ (S. 1), und „*Der Sieg ist errungen und der größere Teil des in sich zerrissenen deutschen Volkes auf nationaler Grundlage unter Führung der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg gesammelt*“.

¹² Der Volksfreund Nr. 14 / 2.4.1933, S. 3.

¹³ Der Volksfreund Nr. 28 / 9.7.1933, S. 5: „*Die Regierung Hitlers macht nicht nur den verschiedenen Parteien den Garous, sie will auch die zahlreichen evangelischen Landeskirchen in einer großen Reichskirche unter einen Reichsbischof zusammenfassen*“.

¹⁴ August Utta (1887-1940) war Gründer und Vorsitzender des DVV ab 1924 und Mitglied des Senats der Republik Polen ab 1930.

¹⁵ Der Volksfreund Nr. 41 / 8.10.1933, S. 2, August Utta: „*Eindrücke aus dem neuen Deutschland*“.

Diese Worte nahmen die von den nationalsozialistisch ausgerichteten Gruppen in den folgenden Jahren betriebene Apotheose Deutschlands vorweg.¹⁶ Gleichzeitig behielt der Volksfreund seine gewohnte lutherische Ausrichtung bei: die Leserschaft fand neben dieser Art ideologischer Orientierung und politischer Weichenstellung weiterhin viel Frommes und das allwöchentlich vertraute Wort zum Sonntag von Lodzer Pastoren.

Der Mythos vom „schwarzen Palmsonntag“

Am 9. April 1933 fanden in Lodz Demonstrationen gegen das nationalsozialistische Deutschland statt, zu denen die polnische Föderation der Verbände der Vaterlandsverteidiger, der Verband der Legionisten und das Jüdische Komitee zum Kampf gegen die Judenverfolgung in Deutschland aufgerufen hatten.¹⁷ Im Zusammenhang damit kam es gezielt zu Ausschreitungen gegen deutsche Einrichtungen, die erheblichen Sachschaden zur Folge hatten, jedoch keine Personen in Mitleidenschaft zogen. Redaktion und Druckerei der Freien Presse und des Volksfreunds sowie der Verlag Libertas wurden demoliert und im Deutschen Gymnasium, in der Deutschen Genossenschaftsbank und in zwei deutschen Buchhandlungen erhebliche Zerstörungen angerichtet. Diese nächtlichen Ausschreitungen wurden in der nationalistisch orientierten deutschen Presse pauschal den Juden zugeschrieben. Dies zeitigte große Wirkung. Im Sicherheitsbericht des Wojewodschaftsamtes für den Monat April heißt es, daß im Zusammenhang mit den Vorfällen vom 9. April 1933 unter der deutschen Bevölkerung die phantastischsten Gerüchte kursierten; beispielsweise sei verbreitet worden, die Juden beabsichtigten, evangelische Kirchen in Brand zu setzen. Es wurde konstatiert, daß die deutsche Bevölkerung von Lodz und den umliegenden Ortschaften eigens Wachen aufgestellt habe, um die evangelischen Kirchen vor eventuellen Überfällen zu schützen.¹⁸

Von deutscher Seite war der Verdacht auf Beteiligung an den antideutschen Ausschreitungen auf die Zionistische Organisation [Organizacja Syjony-styczna] gelenkt worden, die ihr Parteikontor neben den Redaktionsräumen der Freien Presse hatte. Die Zionisten distanzierten sich in einer Presseerklärung entschieden von diesen Ausschreitungen und mißbilligten jegliche Art von

¹⁶ Die Darstellung von Otto Heike vermittelt den Eindruck, als habe erst nach der Etablierung des Nationalsozialismus in Deutschland und der dann einsetzenden „Einflußnahme auf das Auslandsdeutschum“ beim DVV, der bis dahin zu den Grundsätzen der Demokratie gestanden habe, eine Wandlung des politischen Denkens begonnen. Die Presse des DVV spricht jedoch eine andere Sprache, und dies auch schon Ende der zwanziger Jahre; vgl. O. HEIKE, Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken kulturell, gesellschaftlich, politisch, Leverkusen 1985, S. 200.

¹⁷ M. CYGAŃSKI, Mniejszość niemiecka w Polsce w latach 1918-1939, Łódź 1962, S. 54.

¹⁸ APŁ, UWŁ, WB, Sprawy niemieckie, April 1933. Genannt werden Aleksandrów, Konstantynów und Radogoszcz.

Überfällen auf deutsche kulturelle Einrichtungen.¹⁹ Senator August Utta, der beim Innenminister eine Interpellation eingebbracht hatte, informierte am 23. April 1933 auf einer Versammlung des DVV, daß Dr. Jerzy Rozenblat, zionistischer Sejmabgeordneter aus Lodz, ihm mitgeteilt habe, nach eingehender Untersuchung sei erwiesen, daß die Verdächtigungen jeglicher Grundlage entbehrten. Utta hielt jedoch daran fest, daß an den Ausschreitungen *in überwiegender Mehrheit Juden teilgenommen* hätten. Dadurch seien die bis dahin guten Beziehungen zwischen Juden und Deutschen zerstört worden.²⁰ Zusammenfassend wurde im Sicherheitsbericht vermerkt, daß sich die antijüdische Stimmung in der Lodzer deutschen Bevölkerung, die seit einiger Zeit eine konsequente Boykottaktion jüdischer Geschäfte praktiziere, gesteigert hätte. Verständigungsangebote von Dr. Rozenblat seien zurückgewiesen worden.²¹ Der Sicherheitsbericht weist ausdrücklich darauf hin, daß dies einen Bruch in den deutsch-jüdischen Beziehungen bedeute, da beide Gruppierungen, Deutscher Volksverband und Zionistische Organisation, bisher immer als geschlossene Front aufgetreten seien.

Diese Entwicklung macht deutlich, daß von den national orientierten Kreisen der Lodzer Deutschen schon seit der Etablierung des Nationalsozialismus in Deutschland die politische Zusammenarbeit mit Gruppen der jüdischen Minderheit nicht mehr gewollt wurde. Die nationalsozialistisch orientierten Deutschtumsparteien, neben dem DVV ab 1935 die Jungdeutsche Partei (JDP), ließen in den folgenden Jahren, in denen es zu keinen weiteren Ausschreitungen mehr kam, keine Gelegenheit aus, an den *Jahrestag des traurigen Palmsonntag von 1933[...]* als die Deutschen kraft- und ratlos vor dem Terror standen, zu erinnern und ihn als Begründung für die Unmöglichkeit und Unzumutbarkeit einer Zusammenarbeit mit der jüdischen Minderheit heranzuziehen.²² Dieser Tag wurde zum „Schwarzen Palmsonntag“ stilisiert, zum Symbol für die allgemeine Bedrohung durch Juden. Die Lodzer Ereignisse wurden von den DVV-Aktivisten und ihrer Presse gezielt zur Forcierung antijüdischer Ressentiments genutzt und beeinflußten dadurch die Stimmung in anderen Gemeinden des Lodzer Industriegebiets mit deutscher Bevölkerung.

¹⁹ Ebd., Sprawy żydowskie.

²⁰ APL, UWŁ, WB, Sprawy niemieckie, April 1933.

²¹ APL, UWŁ, WB, Sprawy żydowskie, April 1933. Lediglich für Aleksandrów wird eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der jüdischen Gemeinde und des evangelischen Kirchenrats vermerkt; als Ergebnis wurden von beiden Seiten Appelle an die Bevölkerung veröffentlicht. Laut Sicherheits-Bericht habe der jüdische Appell dazu aufgerufen, Ruhe zu bewahren und einträchtig zusammenzuarbeiten, während der deutsche Appell zurückhalender und allgemeiner formuliert gewesen sei.

²² APL, UWŁ, WB, Sprawy niemieckie, April 1935. Am 14. April 1935 feierte die JDP in Lodz ein Palmsonntagsfest, um an die Ereignisse im Jahr 1933 zu erinnern.

Sie boten zu vielerlei Gerüchten Anlaß, welche die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden zusehends stärker belasteten.

Die deutschen Sozialisten in Lodz (DSAP)

Zur politischen und sozialen Strömung unter den Lodzer Deutschen, von der eine kritische und ablehnende Haltung zur nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland zu erwarten war, gehörte die Partei der deutschen Sozialisten, die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei (DSAP). Ihr Lodzer Parteitag im Juli 1933 fand denn auch unter der Losung „Kampf gegen den Faschismus“ statt. Aber diese propagierte Losung des Antifaschismus, der auch die Bekämpfung des Antisemitismus beinhaltete, sagt wenig über die inneren Zustände und die Haltung der einzelnen Parteifunktionäre und der Basis gegenüber der jüdischen Bevölkerung bzw. den jüdischen sozialistischen Brüdern aus.²³

Was viele Lodzer Deutsche, die den nationalistischen Gruppierungen und Entwicklungen kritisch gegenüberstanden, in jenen Monaten gedacht und gefühlt haben mögen, wird im Organ der DSAP, der Lodzer Volkszeitung, in einem Artikel vom Juni 1933 über die Lage der Auslandsdeutschen nach dem Hitlerumschwung in Deutschland angesprochen: *Die Reden der Schmach, die der Deutsche außerhalb des Reiches von Angehörigen aller anderen Völker in diesen Tagen anzuhören hat und nicht widerlegen kann, die ihn vor Scham verstummen machen, vernimmt jene kompakte Masse [die Deutschen im Reich] nicht. Eine unsichtbare, aber undurchdringliche Wand der Geringsschätzung erhebt sich zwischen dem Deutschen und allen anderen Völkern, just wie zur Zeit, als wir ohne Grund Boches und Hunnen geheißen wurden.*²⁴ Sowohl die Auslandsdeutschen, welche die Geringsschätzung, die ihnen als Angehörige des deutschen Volkes von ihrer unmittelbarer Umgebung entgegengebracht werde, zu ertragen hätten, als auch die Deutschen im Reich, die von Hitler in ein „geistiges Ghetto“ gesperrt worden seien, wurden als Opfer der politischen Entwicklung im Deutschen Reich dargestellt.

Darüber hinaus spielten die Bedrängnisse der eigenen Bevölkerungsgruppe durch restriktive Maßnahmen des polnischen Staates vor allem in der Frage des deutschen Schulwesens eine zentrale Rolle im politischen Handeln der DSAP im Jahre 1933, da sie sich einerseits als Vertreterin der Arbeiterklasse

²³ CYGAŃSKI, Mniejszość (wie Anm. 15), S.80 f. Im schlesischen Bezirk der DSAP setzte bereits ab 1933 ein rapider Mitgliederschwund ein, im Lodzer Bezirk war die Situation im Jahre 1933 noch günstiger, aber auch hier war ein allmählicher Rückgang zu verzeichnen. Im 2. Quartal 1933 mußte einer der Parteivorsitzenden der rechten Fraktion der Lodzer DSAP, der Stadtverordnete Gustaw Ewald, von der Partei gezwungen werden, sein Mandat niederzulegen, weil er die antisemitischen Exzesse in Deutschland öffentlich geheissen hatte.

²⁴ Lodzer Volkszeitung Nr.159 / 11.6.1933. Dr. Karl Renner: *Der Weg des Auslandsdeutschstums*.

mit sozialistischem Anspruch verstand und andererseits die Rolle einer Vorkämpferin für die Rechte des deutschen Minderheitenschulwesens in Polen übernahm. Auf einer von der DSAP in Lodz einberufenen Elternversammlung am 15. Juni 1933 rief diese Partei alle deutschen Eltern *ohne Unterschied der politischen Überzeugung* dazu auf, gegen Gewalt und Schikanen zu protestieren, mit denen der polnische Staat das deutsche Schulwesen behandelte.²⁵ In diesem Bereich des Schulkampfes fand keine sozialistische Abgrenzung gegenüber dem deutschen Bürgertum bzw. völkischen Richtungen statt, die DSAP fühlte sich vielmehr berufen, Sprecherin aller Deutschen in Mittelpolen zu sein.

Stellte man die Frage, in welchen Kreisen der Lodzer Deutschen die jüdische Bevölkerung Verständnis und Anteilnahme für ihren Protest gegen Nazi-Deutschland erwarteten konnte, der quer durch alle Schichten und politischen Richtungen ging, liegt die Vermutung nahe, daß sich am ehesten die sozialistischen Kreise mit der Boykott-Idee solidarisieren oder zumindest Verständnis aufbringen konnten. Statt dessen wurde innerhalb der DSAP der vom Bund propagierte ökonomische Boykott gegen Nazi-Deutschland zu einem entscheidenden Streitpunkt, an dem sich die Geister schieden – Ausdruck eines Spaltungsprozesses, der in den eigenen Reihen bereits begonnen hatte.

Der Bund hatte im September und Oktober 1933 seine Agitation zum Boykott deutscher Waren in Lodz und in der Lodzer Provinz verstärkt, zahlreiche Boykottkomitees gebildet und auf vielen Versammlungen und Anti-Hitler-Kundgebungen gegen den Terror in Deutschland protestiert.²⁶

Wie der Sicherheitsbericht vermerkt, wurden Anfang November 1933 auf einer Vertrauensleute-Versammlung der DSAP in Lodz antijüdische Ressentiments laut, die sich an der Frage des Boykotts deutscher Waren entzündeten.²⁷ Wilhelm Zinser, der dem DSAP-Vorstand angehörte, berichtete auf dieser Versammlung darüber, daß der Bund von den DSAP-Vertrauensleuten verlangt habe, auch unter den deutschen Arbeitern für den Boykott deutscher Waren zu werben. Diese Agitation sollte in Häusern und Wohnungen durchgeführt werden. Zinser habe aber keinen Hehl aus seinem Standpunkt gemacht und eine solche Agitation von vornherein für absurd erklärt, da 90% der Lodzer Deutschen – so zitiert ihn der Sicherheitsbericht – die antisemitische Politik unterstützten und ihrerseits die Juden boykottierten. Zuvor hatte Zinser bei den Versammelten damit Stimmung gemacht, daß der Bund unfähig oder nicht willens sei, Hilfsaktionen für politische Flüchtlinge aus Deutschland angemessen durchzuführen. Daraufhin – so der Bericht weiter – hätten die

²⁵ APŁ, UWŁ, WB, Sprawy niemieckie, Juni 1933.

²⁶ Ebd., Sprawy żydowskie, September und Oktober 1933.

²⁷ APŁ, UWŁ, WB, Sprawy niemieckie, 9. November 1933.

anwesenden Vertrauensleute der DSAP gefordert, sich nicht mehr mit der Boykottfrage zu beschäftigen, da sich der Bund nur um seine eigenen Parteiinteressen kümmere und sich durch sein Verhalten gegenüber Flüchtlingen selbst kompromittiere.

Diese interne Diskussion zeigt eine bereits Ende des Jahres 1933 begonnene Distanzierung eines Teils der Sozialisten vom Bund oder auch von den Idealen internationaler bzw. interethnischer Zusammenarbeit im antifaschistischen Kampf. Der solidarische Boykott als politisches Demonstrations- und Druckmittel gegen Nationalsozialismus und Judenverfolgung in Deutschland stieß bei einem Teil der Anhänger der deutschen Sozialisten 1933 auf Ablehnung. Die oft betonte jüdisch-deutsche Solidarität auf der Basis gemeinsamer sozialistischer Überzeugung erweist sich zumindest teilweise als Mythos.